

Redebeitrag auf der Demonstration anlässlich des europaweiten Aktionstags gegen den Kapitalismus M31 am 31.03.2012

Die strukturelle Gewalt des kapitalistischen Systems kommt in der Sprache des Krisenmanagements zum Ausdruck. Immer wieder heißt es: Aufgabe der Europäischen Zentralbank, vor der wir hier stehen, ist es den Euro zu schützen und stabil zu halten. Ziel der von der Troika, bestehend aus EZB, EU-Kommission und IWF, betriebenen Krisenpolitik ist es den finanzielle Kollaps von EU-Staaten zu verhindern, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und die Wirtschaft in eine aufsteigende Kurve zu setzen. Der Euro, die Wettbewerbsfähigkeit, die Wirtschaft... - nicht ein Wort hört man allerdings über die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen, auf deren Kosten all dies geschehen soll. Die Lebensbedingungen zu verbessern ist eben auch nicht der Zweck von Staat und Kapital. Die Lebensbedingungen sind vielmehr das Angriffsziel der Krisenpolitik der Troika. Die rasant steigenden Obdachlosen- und Suizid-Zahlen Griechenlands legen Zeugnis davon ab. Wenn dann der Chef der EZB, Mario Draghi, am 22. März verkündet, das Schlimmste der Eurokrise sei überstanden, ist das nichts anderes als menschenverachtender Zynismus.

Klar ist, dass es gerade die Troika ist, die sagt, wo es krisenpolitisch lang zu gehen hat, da sie die staatlicherseits benötigten Ressourcen verwaltet. Sie agiert dabei als Funktionsorgan der Profitlogik - und damit der Herrschenden. Diese können die Krise als Chance nutzen - wie es so schön heißt -, um Maßnahmen durchzusetzen, die sie schon lange fordern.

Konkret kommt dabei dann Folgendes heraus: Löhne und Mindestlöhne werden gesenkt, der Kündigungsschutz wird abgebaut, das Renteneintrittsalter angehoben - in Griechenland, in Portugal, in Spanien, in Italien, in Frankreich. Alle diese Maßnahmen zielen darauf die Löhne zu drücken und damit die Profitraten zu verbessern.

Gleichzeitig drückt die Troika überall weitreichende Sparmaßnahmen und Haushaltssanierungen durch und zwingt etwa den griechischen Staat zu Privatisierungen vor allem im Bereich der Wasser-, Strom- und Energieversorgung. Die Regierungen anderer hochverschuldeter EU-Staaten sehen in Griechenland, wohin auch ihre Reise gehen könnte, und ergehen sich in vorauseilendem Reform-Gehorsam. Gerade bei den Arbeitsmarktreformen nimmt man sich die rot-grün-deutsche Agenda 2010 zum Vorbild, ist Deutschland doch bisher mit einer sinkenden Arbeitslosenquote durch die Krise gekommen.

Jedoch herrscht in der Troika und der EU insgesamt keine traute Harmonie was die Vorstellungen von der richtigen Krisenpolitik betrifft. Hier prallen die Interessen widerstreitender Fraktionen aufeinander und es ist vor dem Hintergrund einer irrationalen Produktionsweise auch völlig unklar, welche Maßnahmen welche Konsequenzen nach sich ziehen.

Der von Marx zurecht beschworene stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse macht sich in den Krisen dementsprechend als abstrakter Handlungszwang geltend: alle schreien, es müsse gehandelt werden, aber niemand weiß so genau, wie zu handeln ist.

Hier ist zwar nicht der Ort und die Zeit, um die Komplexität der Widersprüche auszubreiten, von denen die europäische Krisenpolitik getrieben und durchzogen ist. Am offensichtlichsten - und recht aufschlussreich - ist aber der Widerspruch zwischen neoliberalen Verfechtern von Austeritätsprogrammen und keynesianisch angefixten Apologeten von Konjunkturmaßnahmen.

- Die einen fordern Sparmaßnahmen durchzudrücken, um die Staatsverschuldung abzubauen – damit wird allerdings kein Wachstum generiert, Sparmaßnahmen führen im Gegenteil eher in eine Depression.
- Die anderen fordern Konjunkturprogramme, die aber nur begrenzt wirksam sind, die Defizite der Staaten weiter in riskante Höhen treiben und den notwendigen Ausbruch der Depression nur weiter verschieben, aber nicht abwenden.

An dieser Zwickmühle, in der sich das aktuelle Krisenmanagement befindet, zeigt sich, dass eine wirkliche Lösung der Krise nur jenseits von Kapitalismus und staatlichen Regulationsmaßnahmen liegen kann. Der einzig sinnvolle Schluss besteht deshalb immer noch darin, den Widerstand gegen die Krisenpolitik und die praktische Überwindung dieser Verhältnisse zu organisieren!

- Mit dieser Absurdität, dass eine Gesellschaft zu reich ist, um allen Menschen ein Leben frei von Existenzängsten zu garantieren, muss endlich Schluss sein!
- Mit einer Krisenpolitik, die versucht ein *System* vor Kollaps und Tod zu bewahren und dabei die Menschen, die in ihm über die Runden kommen müssen, in Kollaps und Tod treibt, muss endlich Schluss sein!
- Schluss sein muss aber auch mit einem national bornierten Widerstand, denn weder die Krisendynamik, noch die Krisenpolitik halten sich an nationale Grenzen!

Das M-31-Bündnis, das heute in verschiedenen Ländern Aktionen organisiert hat, stellt den Versuch dar, den radikalen Widerstand gegen die Krisenpolitik und das heißt letztlich gegen den Kapitalismus, der sie immer wieder nötig macht, transnational zu organisieren. Wichtig ist uns an dieser Stelle noch mal darauf hinzuweisen, dass es uns nicht um eine abstrakte Solidarität mit irgendwelchen Ländern geht, wie es immer wieder in dem Spruch ‚Solidarität mit Griechenland‘ heißt. Uns geht es um eine Solidarität mit den Leuten, die von der Krisenpolitik betroffen sind und eine emanzipatorische Überwindung des bestehenden Wahnsinns anstreben.

In diesem Sinne:

Organisiert den grenzübergreifenden Widerstand!

Gegen Troika-Politik und Kapitalismus!

Für Freiheit und Selbstbestimmung jenseits kapitalistischer

Sachzwänge!

campusantifa 03/2012